

Le Tribunal cantonal du Canton du Valais refusa de joindre les deux causes. Par jugement du 10 mars 1939 il prononça la nullité de la vente conclue par Marie Fontannaz.

Celle-ci a recouru en réforme au Tribunal fédéral contre ce jugement pour faire admettre la validité de l'acte de vente et le mal fondé de la demande.

*Considérant en droit :*

A première vue la valeur litigieuse fixée par l'art. 59 OJ pour fonder la compétence du Tribunal fédéral semble atteinte puisque le prix stipulé pour l'immeuble vendu est de 4416 fr. et que la demanderesse a conclu principalement à ce que l'acte du 31 janvier 1936 fût déclaré nul et de nul effet et subsidiairement à ce que le prix de vente réel fût rapporté à la masse successorale.

Toutefois, la recourante appartient elle-même à l'hoirie pour un sixième. Son intérêt au procès n'est dès lors point équivalent au prix de l'immeuble. Il est diminué du sixième qui reviendrait à la défenderesse si elle devait restituer à la succession soit la vigne (demande principale), soit le prix (demande subsidiaire). La situation serait la même si la défenderesse avait gain de cause, car le gain qu'elle obtiendrait d'une part se trouverait réduit du sixième qu'elle perdrait d'autre part comme héritière. Or le sixième de 4416 fr. est de 736 fr., en sorte que l'intérêt de la défenderesse au procès se ramène à 3680 fr. et que la valeur litigieuse minimum exigée par la loi n'est en réalité pas atteinte.

Ce mode de calcul a été adopté en jurisprudence constante par la II<sup>e</sup> Section civile du Tribunal fédéral pour les litiges de droit successoral.

Au surplus, suivant le mémoire-conclusions des demandeurs du 9 mars 1939, p. 1, l'immeuble litigieux, art. 23315, « Trévigne », vigne de 1400 m<sup>2</sup>, est taxé 2100 fr.

*Par ces motifs, le Tribunal fédéral*  
déclare le recours irrecevable.

Vgl. auch Nr. 12. — Voir aussi n° 12.

V. ERFINDUNGSSCHUTZ  
BREVETS D'INVENTION

16. Auszug aus dem Urteil der I. Zivilabteilung vom 17. Mai 1939 i. S. Fried. Krupp A.-G. gegen Uddeholms Aktiebolag und Kohler.

Formulierung des Patentanspruches bei sog. *Verwendungspatenten*.

*Teneur* de la revendication en cas de *brevet pour application nouvelle* (brevet portant sur une application nouvelle de moyens connus).

Tenore della rivendicazione qualora si tratti di *brevetto concernente una nuova applicazione d'un mezzo già noto*.

Die Fried. Krupp A.-G. ist Inhaberin des Schweizerpatentes Nr. 136 977, das die folgenden Ansprüche aufweist :

*Hauptanspruch* : « Austenitische Chrom-Nickelstahlliegierung, dadurch gekennzeichnet, dass der Kohlenstoffgehalt so gering ist, dass die austenitische Gefügesteuerung auch bei einer einer Anlassbehandlung gleichkommenden Erwärmung nicht verloren geht ».

*Unteransprüche* : « 1. Chromnickelstahlliegierung nach Patentanspruch, dadurch gekennzeichnet, dass sie weniger als 0,07 % Kohlenstoff enthält.

» 2. Chromnickelstahlliegierung nach Patentanspruch, dadurch gekennzeichnet, dass sie 18-25 % Chrom, 7-12 % Nickel und weniger als 0,07 % Kohlenstoff enthält. »

Dieses Patent wurde vom Handelsgericht Zürich aus formellen Gründen nichtig erklärt. Das Bundesgericht heisst die hiegegen gerichtete Berufung gut und weist die Sache zur materiellen Prüfung an die Vorinstanz zurück.

*Aus den Erwägungen :*

Die Vorinstanz ist deshalb zu einer Nichtigerklärung des Schweizer Patentes Nr. 136 977 gelangt, weil nach ihrer Auffassung das, was im Patentanspruch zum Ausdruck gelange, vorbekannt gewesen sei. Die Vorinstanz hält nämlich dafür, dass so, wie der Patentanspruch mit Einschluss seiner Unteransprüche formuliert ist, angenommen werden müsse, die Klägerin wolle für die Chromnickelstahllegierung als solche, also für etwas Vorbekanntes, patentrechtlichen Schutz beanspruchen. Sie weist darauf hin, dass im Patentanspruch nur eine Legierung mit bestimmten Eigenschaften umschrieben werde, nämlich eine austenitische Chromnickelstahllegierung mit bestimmten Chrom- und Nickelanteilen und geringem Kohlenstoffgehalt, welche bei einer einer Anlassbehandlung gleichkommenden Erwärmung die austenitische Gefügeform nicht verliere. Von einer bestimmten Verwendung dieser Legierung oder von daraus anzufertigenden Gegenständen werde nichts gesagt. Man vermisse selbst eine Ausführung darüber, dass die Senkung des Kohlenstoffgehalts den Zweck verfolge, die interkristalline Korrosion bei bestimmten Gegenständen zu vermeiden. Die Erwähnung der Anlasserwärmung wolle offensichtlich nur besagen, es solle der Kohlenstoffgehalt der Legierung so niedrig sein, dass bei einer derartigen Erwärmung die austenitische Gefügeform nicht verloren gehe ; sie geschehe also bloss als Mass für die Bestimmung des Kohlenstoffgehalts der Legierung. Auch der kennzeichnende Teil der Erfindungsdefinition deute darum nicht zwingend auf einen bestimmten Verwendungszweck der Legierung, und selbst ein Fachmann werde unter diesen Umständen dem streitigen Anspruch nicht entnehmen, das Patent wolle nicht die in

Frage stehende Legierung als solche, sondern nur eine bestimmte Verwendung derselben schützen. Zu allem Überfluss werde ja dann auch in der erläuternden Patentbeschreibung noch ausdrücklich gesagt, die Erfindung bezwecke die Schaffung einer bestimmten austenitischen Chromnickelstahllegierung, worin besonders deutlich zum Ausdruck gelange, dass die Erfindung auf die Legierung selbst gerichtet sei.

Eine solche Betrachtungsweise erweist sich indessen als zu formalistisch.

Richtig ist zwar, dass die Klägerin, das Vorhandensein einer entsprechenden materiell rechtsbeständigen Erfindung vorausgesetzt, unter den obwaltenden Verumständlungen höchstens Anspruch auf ein sog. Verwendungs- (resp. Anwendungs-) Patent haben kann, auf ein Patent also, durch das ein bekanntes Mittel (ein Stoff, ein Verfahren oder eine Vorrichtung) zu einem neuen Zweck, bzw. in einer neuen Funktion, verwendet wird (vgl. darüber KLAUER-MÖHRING, Patentgesetz, S. 73 lit. c). Und bezüglich dieser Verwendungs- oder Anwendungspatente nimmt das schweizerische Patentamt den folgenden Standpunkt ein : « Will man die Verwendung eines Produkts zu einem bestimmten Zweck beanspruchen, so kann dies nur in Form eines Verfahrens geschehen ; es ist hiefür ein Patentanspruch aufzustellen, in welchem die Erfindung in einer Kennzeichnung zu definieren ist » (vgl. das Zitat bei WEIDLICH und BLUM, Schweizerisches Patentrecht, I 65). Im Hinblick auf diese Praxis des schweizerischen Patentamtes hätte nach der Auffassung der Vorinstanz die Klägerin ihren Patentanspruch ungefähr wie folgt formulieren müssen : « Verfahren zur Herstellung von Gegenständen aus austenitischen Chromnickelstahllegierungen, welche der interkristallinen Korrosion auch nach einer einer Anlassbehandlung gleichkommenden Erwärmung widerstehen, dadurch gekennzeichnet, dass eine Legierung mit einem Kohlenstoffgehalt von weniger als 0,07 % verwendet wird ». Auf Grund des deutschen

Patentrechts, das Anwendungs- oder Verwendungspatente schlechthin anerkennt, hätte es nach der Meinung des Reichspatentamtes sogar genügt, wenn gesagt worden wäre : « Die Verwendung einer an sich bekannten Legierung mit 18-25 % Chrom, 7-12 % Nickel und einem Kohlenstoffgehalt unter 0,07 % für die Herstellung von solchen Gegenständen, die entweder beim Herstellungsverfahren, z. B. Schweißen, oder im Betrieb einer einer Anlassbehandlung gleichkommenden Erwärmung ausgesetzt sind ». Im deutschen Reichs-Patent Nr. 561,160, durch das das deutsche Patentierungsverfahren dann abgeschlossen wurde, ist der Patentanspruch nur unwesentlich abgeändert formuliert worden, nämlich so : « Die Verwendung an sich bekannter austenitischer Chrom-Nickel-Stahlliegierungen mit z. B. 18 bis 25 % Chrom, 7 bis 12 % Nickel und einem unter 0,07 % betragenden Kohlenstoffgehalt für die Herstellung von solchen dem Angriff chemischer Agentien auszusetzenden Gegenständen, die entweder beim Herstellungsverfahren, z. B. beim Schweißen, oder im Betrieb einer einer Anlassbehandlung gleichkommenden Erwärmung ausgesetzt sind und bei denen nach dieser Erwärmung durch ein Abschrecken von Temperaturen von oberhalb etwa 1000° C der reine austenitische Zustand der Legierung nicht wiederhergestellt wird. »

Es erhebt sich nun die Frage, ob nicht auch in der Fassung des Anspruches im Schweizer Patent Nr. 136,977 hinlänglich zum Ausdruck gelange, dass es sich nur um ein Anwendungs- oder Verwendungspatent handeln solle. Bei der Prüfung dieser Frage spielt es keine Rolle, dass nach der Auffassung des schweizerischen Patentamtes ein Anwendungs- oder Verwendungspatent immer in die Form eines Verfahrenspatentes gekleidet werden muss. Denn abgesehen von der hier nicht zu prüfenden Frage, ob patentrechtlich hiefür eine zwingende Notwendigkeit vorliege, müsste unter allen Umständen gesagt werden, dass eine solche Richtlinie höchstens bei der Zulassung einer Patentanmeldung zur Anwendung gebracht werden

dürfte. Ist ein Patent aber einmal erteilt, so kann es nicht einzig des Umstandes wegen, dass es als Anwendungs-, resp. Verwendungspatent der Form des Verfahrenspatents ermangelt, als ungültig erklärt werden. Wenn also beispielsweise das schweizerische Amt den bei WEIDLICH und BLUM, S. 65, als Beispiel angeführten Patentanspruch : « Verwendung halogenierter Naphtole als Desinfektionsmittel » versehentlich zugelassen hätte, so wäre es ausgeschlossen, den einmal erteilten Patentanspruch zu vernichten, weil er nach den Richtlinien des Amtes als « Desinfektionsverfahren, dadurch gekennzeichnet, dass halogenierte Naphtole verwendet werden », hätte formuliert werden sollen. Dementsprechend ist auch heute einzig entscheidend, ob es für den Fachmann ersichtlich sei, dass durch das Schweizerpatent Nr. 136,977 nicht eine Legierung, sondern vielmehr die Verwendung einer vorbekannten Zusammensetzung für ganz besondere Zwecke habe patentiert werden wollen.

Es ist nun ohne weiteres zuzugeben, dass in dieser Beziehung gewisse Zweifel möglich sind. Ist das aber der Fall, so muss, da die Einschränkung und nicht etwa die Erweiterung eines Patentanspruches in Frage steht, zu Gunsten der Aufrechterhaltung der erfolgten Patenterteilung im Sinne der einzig zulässigen eingeschränkten Bedeutung entschieden werden. Schon die Vorinstanz hat ausgeführt, der kennzeichnende Teil der Erfindung deute nicht zwingend auf einen bestimmten Verwendungszweck hin. Darin kommt zum Ausdruck, dass auch sie wenigstens die Möglichkeit einer solchen Auslegung einräumt. Allerdings enthält der Hauptanspruch des Schweizer Patentes Nr. 136,977 in der Hauptsache scheinbar bloss die Angabe einer bestimmten Legierung. Durch die Hervorhebung der besonders wertvollen Eigenschaft derselben, darin liegend, dass die austenitische Gefügeform auch bei einer einer Anlassbehandlung gleichkommenden Erwärmung nicht verloren geht, liegt aber ein deutlicher Hinweis darauf, dass diese Legierung eben dann zu wählen sei, wenn das

verwendete Material einer Erwärmung diesen Grades ausgesetzt ist. Dass dies letztere regelmässig nur bei der Herstellung eines Gegenstandes (hier namentlich beim Schweissen) oder dann im Betrieb der Fall ist, bedeutet für den Fachmann wohl eine Selbstverständlichkeit, so dass die Unterlassung ihrer besondern Hervorhebung jedenfalls in einem Nichtigkeitsverfahren keine entscheidende Rolle zu spielen vermag. Schutzwürdige Interessen irgendwelcher Art werden auf diese Weise nicht verletzt. Denn es ist klar, dass der Patentschutz nur so weit reicht, als sich eben auf Grund einer restriktiven Interpretation des Patentanspruchs ergibt, d. h. nur im Umfang eines Anwendungs-, resp. Verwendungspatentes. Es ist übrigens bezeichnend, dass das Schweizer Patent Nr. 136,977 nun nahezu 10 Jahre besteht, ohne dass es von anderer Seite ernsthaft angefochten worden wäre. Die Vorinstanz nimmt zu Unrecht an, einer solchen Entscheidung des Streitfalles stehe BGE 57 II 234 f. entgegen. Denn dort handelte es sich um die Frage, ob der Patentschutz auf Verhältnisse ausgedehnt werden dürfe, von denen nicht einwandfrei feststand, dass sie der Erfinder auch wirklich habe patentieren lassen wollen, also gewissermassen um die Ablehnung einer extensiven Interpretation eines Patentanspruchs. Im heutigen Falle hat man es aber gerade mit dem Gegenteil zu tun, indem zu entscheiden ist, ob nicht der Wille des Anmelders von Anfang an nur auf einen beschränkten Patentschutz ausgegangen sei.

## VI. SCHULDBETREIBUNGS- UND KONKURSRECHT

### POURSUITE ET FAILLITE

Vgl. III. Teil Nr. 9, 17, 18. — Voir III<sup>e</sup> partie nos 9, 17, 18.

## I. PERSONENRECHT

### DROIT DES PERSONNES

#### 17. Urteil der II. Zivilabteilung vom 8. Juni 1939 i. S. Bezirksrat Zürich gegen Bosshard.

*Wohnsitz, Art. 23 ff. ZGB :*

Der aus dem bisherigen Wohnsitzkanton ausgewiesene, heimgeschaffte und nun dauernd am Heimatort in Obhut genommene Bürger behält nicht den bisherigen Wohnsitz als fiktiven gemäss Art. 24 Abs. 1 ZGB, sondern erwirbt einen neuen wirklichen Wohnsitz gemäss Art. 23 ZGB am Heimatort.

— Gleichgültig ob er dort zu bleiben wünscht oder nicht ; da er ausserstande ist, sich andernorts dauernd festzusetzen, und auf den Schutz der Heimatbehörden, die sein tatsächliches Verbleiben bestimmen, angewiesen bleibt, treten deren Anordnungen an die Stelle der « Absicht dauernden Verbleibens » des Bürgers selbst.

*Domicile, art. 23 ss. CC.*

Le citoyen expulsé par le canton de son domicile, rapatrié et soigné d'une façon durable dans sa commune d'origine ne conserve pas fictivement son ancien domicile (art. 24 al. 1 CC), mais en acquiert un nouveau dans sa commune, conformément à l'art. 23 CC.

— Peu importe qu'il ait l'intention d'y rester ou non ; comme il n'est pas à même de se fixer ailleurs d'une façon durable et qu'il ne peut se passer de la protection des autorités de sa commune, lesquelles déterminent le lieu de sa résidence de fait, les décisions de ces autorités remplacent « l'intention » de l'intéressé lui-même (art. 23 CC).

*Domicilio, art. 23 e seg. CC.*

Il cittadino che, espulso dal cantone in cui si era domiciliato, fu rimpatriato e si trova durevolmente ricoverato nel luogo di attinenza, non conserva il domicilio finora avuto come domicilio fittizio a' sensi dell'art. 24 cp. 1 CC, ma acquista, secondo l'art. 23 CC, un nuovo domicilio effettivo al luogo di attinenza, nulla importando se egli desidera o no rimanervi. Egli non è in grado di stabilirsi durevolmente in altro luogo e non può fare a meno della protezione delle autorità del luogo di attinenza che fissano la sua dimora di fatto : « l'intenzione di stabilirvisi durevolmente » del cittadino è sostituita dagli ordini delle autorità.

A. — Der im Jahre 1893 geborene Zürcher Albert Bosshard wurde im Januar 1932 aus Genf, wo er sich dem Müssiggang ergeben hatte, aus armenpolizeilichen Gründen ausgewiesen. Das Fürsorgeamt der Stadt Zürich